



## Tag der Menschenrechte

nd-Spendenaktion fördert Recht auf Land, Wasser und Nahrung. Seite 2

## Kritik am Olympiaboykott

Lesben und Schwule sähen Joachim Gauck lieber in Sotschi. Seite 19

## Bühne für Harfouch

Die Schauspielerin war Gast bei Gregor Gysi. Seite 15

Foto: imago/Seeliger



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 10. Dezember 2013

68. Jahrgang/Nr. 287

Berlinausgabe 1,60 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Einsicht für die Klarheit

Simon Poelchau über dreckige Profite und geheime Bürgschaften

Was hat die Bundesregierung zu verheimlichen? Das kann man sich bei der Klage von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty Internationale auf mehr Transparenz über Menschenrechtsschutz bei der Vergabe von sogenannten Hermes-Bürgschaften fragen. Denn es besorgt, dass Berlin die Informationen nicht freiwillig herausrücken will.

Schaut das Wirtschaftsministerium etwa nicht so genau hin, wenn deutsche Unternehmen bei Großprojekten in Schwellenländern für ihre Profite die Menschenrechte mit Füßen treten? Oder unterstützt das Ministerium sie sogar wider besseres Wissen aus diplomatischen Kalkül? Dies sind Fragen, die jetzt mit Hilfe des Berliner Verwaltungsgerichts beantwortet werden sollen. Denn an dieses hat sich Amnesty mit zwei anderen Menschenrechtsorganisationen nun gewandt. Dabei ist eine Frage schon geklärt: Wo es ums große Geld geht, da ist auch die Versuchung groß, die Rechte der Menschen zu missachten. Der »Dirty Profit 2«-Bericht der Kampagne »Facing Finance« zeigt, dass ein Kapitalismus ohne schmutzige Geschäfte eine wirtschaftsliberale Illusion ist. So handelt es sich bei den Unternehmen, die in der Liste der dreckigen Konzerne stehen, um keine kleinen Firmen. Namen wie Nestlé, Monsanto und Rheinmetall sind dabei. Finanziert werden ihre Geschäfte von Großbanken wie Deutsche Bank und UBS.

Insofern schafft der Bericht schon ein wenig Klarheit. Jetzt fehlt noch die Einsicht in die Akten der Bundesregierung.

### UNTEN LINKS

Jeder hat die Bilder der gestürzten Lenin-Statue in Kiew gesehen. Augenzeugen gibt es aber fast keine. Nur wenige Demonstranten benutzten ihre Sehorgane, um das Ereignis zu verfolgen. Sehr viele beobachteten das Geschehen stattdessen – den Finger am Abzug – durch ihre Smartphones und Kameras. US-amerikanischen Psychologen zufolge wird sich deshalb schon morgen kaum einer der Anwesenden mehr an die Vorfälle (geschweige denn an den Gestürzten) erinnern können. Im Fachblatt »Psychological Science« veröffentlichten sie eine Studie, die den vernichtenden Einfluss des massenhaften Fotografierens auf das Erinnerungsvermögen nachweist. Das Versprechen der Gerätehersteller, jeden Moment für die Ewigkeit festhalten zu können, verkehrt sich so in sein Gegenteil. Wer sein Gedächtnis auf digitale Speichermedien auslagert, verliert es. Was bleibt im Kopf? Nichts als die unmittelbare Gegenwart. Bis man sie knipst. mha

## Straße statt Stimmzettel

Thailands Opposition lehnt Regierungsangebot zu Neuwahlen ab



In Bangkok weht der Wind des Wandels. Dessen Richtung wollen die Protestierenden bestimmen.

Foto: AFP/Christophe Archambault

Bangkok. Nach wochenlangen Oppositionsprotesten hat Thailands Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angekündigt. Die Regierungsgegner beruhigte sie damit jedoch nicht. In einer der größten Demonstrationen seit Jahren zogen am Montag Hunderttausende friedlich durch die Hauptstadt Bangkok.

Die Oppositionellen fordern den sofortigen Rücktritt der Ministerpräsidentin und die Einsetzung einer überparteilichen Übergangsregierung. Sie lehnen Neuwahlen ab, da die Regierungspartei durch Unterstützung der Landbevölkerung mit Wiederwahl rechnen kann.

Die Regierung Thaksin zahlt hohe Reissubventionen. Auf dem Land leben zwei Drittel der Bevölkerung.

Yingluck hatte den überraschenden Schritt in einer Fernsehansprache bekannt gegeben. Ihr Kabinett werde die Geschäfte vorübergehend weiterführen, erklärte sie. König Bhumibol nahm als Staatsoberhaupt die Auflösung des Parlaments an. Die Wahl soll bereits am 2. Februar sein.

Protestführer Suthep Thaugsuban deutete in seiner Rede vor dem Regierungssitz den Schritt der Ministerpräsidentin als Rückgabe der Staatsgewalt an das Volk. Nach Angaben

der Organisatoren der Proteste zogen am Montag mehr als eine Million durch die Straßen der Hauptstadt.

Seit Wochen protestieren die Oppositionellen gegen die Regierung, der sie Korruption und Geldverschwendung vorwerfen. Die Wut richtet sich vor allem gegen den einflussreichen früheren Premierminister Thaksin Shinawatra, den Bruder der Regierungschefin. Es gilt als sicher, dass der Milliardär aus dem Exil weiterhin die Strippen zieht. »Heute muss Thailand das Thaksin-Regime loswerden«, forderte Wortführer Suthep. Agenturen/nd Seite 7

## CDU ist positiv empört

Kleiner Parteitag stimmte Koalitionsvertrag mit SPD zu / Kritik an Vereinbarungen ebbt nicht ab

Jetzt hängt alles an der SPD. Nach der CDU stimmte auch ein CDU-Bundesausschuss dem Koalitionsvertrag über die nächsten vier Jahre im Bund zu.

Von Uwe Kalbe

Berlin. Die Große Koalition im Bund ist ein weiteres Stück näher gerückt. Am Montag segnete auch die CDU auf einem Kleinen Parteitag in Berlin das schwarz-rote Regierungsprogramm ab. Der Bundesausschuss stimmte nach unerwartet heftiger Diskussion schließlich ohne Gegenstimmen und mit nur zwei Enthaltungen zu. Kritik war vor allem aus dem Lager der Wirtschaftsvertreter gekommen, die in der Energiewende Benachteiligungen für den »Standort Deutschland« und im vereinbarten Mindestlohn trotz Ausnahmen ein Risiko für die Beschäftigungssituation sehen.

Bundeskanzlerin und Parteichefin Angela Merkel wies ver-

geblich darauf hin, dass der Mindestlohn flächendeckend erst mit Beginn des Jahres 2017 in Kraft tritt – mit deutlichen Worten machten die Kritiker sich Luft. Auch die Rentenpläne der voraussichtlichen Koalitionäre wecken Unmut in Teilen der Christdemokratischen Partei. Der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, kritisierte eine vermeintlich drohende Aufweichung der Rente mit 67 als falsches Symbol, das auf Kosten der jüngeren Generation gehe. Bereits im Vorfeld hatten rund 50 CDU-Abgeordnete in einem Manifest Bedenken wegen hoher Rentenkosten geäußert und ihre Sympathien für eine Koalition mit den Grünen erkennen lassen. Die CDU dürfe den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen.

Die rund 475 000 SPD-Mitglieder können zur Zeit per Briefwahl über den Vertrag abstimmen. Das Ergebnis soll am Sonntagabend vorliegen. Derzeit debat-

tieren die Mitglieder auf Regionalkonferenzen. Abgelehnt hatten am Wochenende bereits die Jungsozialisten auf einem Kongress. Der Berliner Juso-Vorsit-

»Wir haben extrem hart gekämpft.«

Angela Merkel über den Kompromiss zum Mindestlohn

zende Kevin Kühnert hielt vor einer Regionalkonferenz in Berlin am Montag gegenüber »nd« auch Neuwahlen für eine Chance, »mit unseren Inhalten auch Menschen überzeugen zu können«. Einen Grund für einen Rücktritt der SPD-Parteiführung im Falle einer Ablehnung durch die Parteibasis sieht Kühnert nicht.

Kritik an dem Koalitionsvertrag ebbt auch außerhalb der be-

teiligten Parteien nicht ab. Vor einem Anstieg der Krankenkassenbeiträge warnten mehrere Gesundheitsexperten. Mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von 16 Prozent im Jahr 2017 rechnet offenbar der Münchner Gesundheitsökonom Günter Neubauer, der Kieler Gesundheitsökonom Thomas Drabinski sprach sogar von 17 Prozent. Heute werden 15,5 Prozent vom Einkommen fällig. Maria Klein-Schmeink von den Grünen sieht in der ungleichen Lastenteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Grund, dass die Krankenkassenbeiträge für die Versicherten »sehr zügig ansteigen« werden, wie sie gegenüber dpa äußerte. Union und SPD wollen die Arbeitgeber von Kostensteigerungen verschonen. »Die Koalition will diese Entwicklung durch die Kürzung des Steuerzuschusses an den Gesundheitsfonds wohl noch beschleunigen«, kritisierte Klein-Schmeink. Seite 6

## Propaganda des Kremls soll effizienter werden

Putin-Erlass zur Schaffung einer neuen großen Medienholding

Moskau. Mit einem großen Staatspropagandaapparat will Präsident Wladimir Putin künftig das internationale Meinungsbild über Russland prägen lassen. Staatsmedien wie die Agentur Ria Nowosti und der Rundfunksender Golos Rossii (Stimme Russlands) werden künftig unter dem Namen »Internationale Nachrichtenagentur Rossija Segodnja« (Russland heute) firmieren, wie es in dem am Montag veröffentlichten Erlass heißt. Die Chefredakteure der betroffenen Medien reagierten überrascht. Generaldirektor der neuen Holding wird der wegen seiner offen antiwestlichen Agitation umstrittene Journalist Dmitri Kisseljow, bislang Vizegeneraldirektor des Staatsfernsehens.

Ziel der neuen Holding sei es vor allem, die »Effizienz der Mittel für die Staatsmedien zu steigern«, hieß es in der Kreml-Mitteilung. Putins Stabschef Sergej Iwanow sagte, der Schritt werde nicht nur den Einsatz von Finanzmitteln durch die Staatsmedien »rationalisieren«, sondern auch die politische Botschaft des Kreml im Ausland effektiver verbreiten. »Russland verfolgt seine eigene Politik, es verteidigt seine nationalen Interessen nachdrücklich. Das ist der Welt schwer zu erklären, aber man kann und muss es tun«, sagte Iwanow russischen Agenturen.

Die Agentur Ria Nowosti, Medienpartner der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi, kommentierte den Erlass indes ungewohnt kritisch auf ihrer englischsprachigen Internetseite. »Der Schritt ist der jüngste in einer Reihe von Veränderungen in der russischen Medienlandschaft, die auf eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle in dem bereits stark regulierten Mediensektor hindeuten«, hieß es. Ria Nowosti, die auch eine deutschsprachige Internetseite betreibt, war nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 gegründet worden.

Bereits vor einigen Jahren hatte der Kreml den Fernsehsender RT ins Leben gerufen, der in mehreren Sprachen ein positives Bild Russlands vermitteln soll. Agenturen/nd

### KURZ

#### Miliz räumt Barrikaden in Kiew

Kiew. Sicherheitskräfte begannen Montagabend mit der Beseitigung von Barrikaden und Blockaden der Regierungseinrichtungen. Das Büro der Vaterlandspartei wurde von Maskierten gestürmt. nd Seite 7

#### Bundesregierung verklagt

Berlin. Mehrere Menschenrechtsorganisationen haben Klage gegen die Bundesregierung erhoben. Sie wollen damit erreichen, dass der Bund Informationen zum Menschenrechtsschutz bei der Vergabe von Hermesbürgschaften offenlegt, wie Amnesty International am Montag vorlegte. Im EU-Durchschnitt betrug die Gehaltslücke 16,2 Prozent. dpa/nd Seite 9

#### Ein Fünftel weniger für Frauen

Brüssel. Deutschland liegt beim Lohngefälle zwischen Männern und Frauen auf dem zweitletzten Platz in Europa. Frauen verdienen demnach rund ein Fünftel (22,2 Prozent) weniger als Männer. Das geht aus einem Bericht hervor, den die EU-Kommission am Montag vorlegte. Im EU-Durchschnitt betrug die Gehaltslücke 16,2 Prozent. dpa/nd

#### Protest gegen Steuererhöhungen

Turin. Tausende Menschen haben in vielen italienischen Städten gegen Steuererhöhungen und den Kurs der Regierung protestiert. In Turin besetzten die Demonstranten am Montag mehrere Bahnhöfe und das Stadtzentrum. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. dpa/nd

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK  
ISSN 0323-4940

